

Christoph Nonn
Köln in der Weimarer Republik
1918–1933

Geschichte der Stadt Köln

Geschichte der Stadt Köln

im Auftrage der
Historischen Gesellschaft Köln e.V.

herausgegeben von
Werner Eck

von 1996 bis 2007 herausgegeben von Hugo Stehkämper †

unter Mitarbeit von

Hans-Wolfgang Bergerhausen, Gérald Chaix, Carl Dietmar,
Wolfgang Herborn †, Jürgen Herres, Horst Matzerath,
Thomas Mergel, Klaus Müller, Christoph Nonn, Gerd Schwerhoff,
Karl Ubl

Band 11

Köln in der Weimarer Republik
1918–1933
von Christoph Nonn

Christoph Nonn

Köln in der Weimarer Republik

1918–1933



Greven Verlag Köln

Inhalt

Einleitung: Rückkehr nach Köln 1918

1

NEUE ZEITEN

1. Demokratie und der Aufstieg der Arbeiterschaft	14
a. Das Neue beginnt auf dem Friedhof	14
b. Politik in der Stadt	18
c. Demokratische Massenpolitik	25
2. Die Kirchen und die neue Zeit	34
3. »Moderne« Technik	53
a. Vom Butzweilerhof mit dem Flieger in die Ferne	53
b. Automobilisierung	62
c. Der »Rheinlandsender«: die Anfänge des Rundfunks in Köln	72
d. »Feenartige Beleuchtung«: Elektrizität und Telefon	81
4. Die »neue Frau«	87
5. Die neue Universität	110
6. Das »neue Köln«: Nicht allein Adenauers Werk	129

NACHKRIEGSZEITEN			
7. Vom Krieg zum Frieden	144	13. Ein »Sportzentrum ersten Ranges«	320
a. Entbehrungen	144	14. Politische Praxis und republikanische Symbolik	330
b. Wiederaufbau	148	a. Autoritäre Altlisten, demokratische Aufbrüche	330
c. Totengedenken: Krieg im Frieden?	155	b. Die Sozialdemokraten auf Konfrontationskurs	338
d. Nationalismus	173	c. In der Zwickmühle: das Zentrum und Adenauer	344
8. Besiegte und Besatzer	185	d. Der Weg zur Gemeinsamkeit der Demokraten	348
a. Erste Eindrücke	185		
b. »Indirect Rule«	191		
c. Zumutungen und gemischte Erfahrungen	201		
d. Annäherungen	208		
9. Die »tolle Zeit der Inflation«	217		
a. »Teuerungsschrecken«	217		
b. Bürgerliche Befindlichkeiten	224		
c. Die Folgen der Inflation	232		
BESSERE ZEITEN			
10. »Fette Jahre«?	243	15. Köln in der Weltwirtschaftskrise	359
a. Wirtschaft, Arbeit und Einkommen	245	16. Leben mit der Krise	365
b. Städtische Sozialleistungen und Gesundheit	249	17. Konflikte, Gewalt und ihre Grenzen	376
c. »Wohnungsnot« und Wohnungsbau	252	a. Juden und Nichtjuden	376
11. Kulturstadt Köln	268	b. »Bürgerkrieg in Permanenz« auf Kölner Straßen?	398
a. Lesen und ausstellen	268	18. Das Ende der Demokratie	405
b. Bühnen	279	a. Die Wähler und die Demokratie	405
c. Kino	287	b. Die demokratischen Parteien und die Demokratie	410
12. »Wo amüsiert man sich?«	296	c. Die Mentalität der politischen Verantwortungslosigkeit	421
a. Karneval und Kneipenkultur	296		
b. Nachtleben	302		
c. Wochenend und Sonnenschein	306		
d. »Shopping« und Konsum	311		
HARTE ZEITEN			
		15. Köln in der Weltwirtschaftskrise	359
		16. Leben mit der Krise	365
		17. Konflikte, Gewalt und ihre Grenzen	376
		a. Juden und Nichtjuden	376
		b. »Bürgerkrieg in Permanenz« auf Kölner Straßen?	398
		18. Das Ende der Demokratie	405
		a. Die Wähler und die Demokratie	405
		b. Die demokratischen Parteien und die Demokratie	410
		c. Die Mentalität der politischen Verantwortungslosigkeit	421
		Schluss: Abschied aus Köln 1938	435
		Dank	443
		Abkürzungen	446
		Quellen und Literatur	446
		Anmerkungen	462
		Personenregister	479
		Ortsregister	483
		Sachregister	486
		Bildnachweis	490

Einleitung: Rückkehr nach Köln 1918

Als Bruno Kisch im Dezember 1918 nach Köln zurückkehrte, erschien ihm vieles verändert – und nicht unbedingt zum Vorteil. Es war, wie er später festhielt, »nicht mehr das Köln, das ich verlassen hatte, und ich war nicht mehr derselbe wie 1914. Man steigt nicht zweimal in den gleichen Fluß.«¹

Kisch hatte vor dem Ersten Weltkrieg als Assistent in der Lindenburg gearbeitet, der Akademie für praktische Medizin in Lindenthal, die Kölns größtem Krankenhaus angeschlossen war. Der Arzt stammte ursprünglich aus Prag, sein Vetter war der Journalist Egon Erwin Kisch. Nach dem Medizinstudium in seiner Heimatstadt war Bruno Kisch 1914 eine Stelle an der Lindenburg angeboten worden. Damals mit dem Nachzug aus Prag angereist, hatte ihm die Kölner Altstadt zwar nicht besonders gefallen: »An die Herrlichkeiten Prags von Kindheit auf gewöhnt, war mein erster Eindruck, als ich aus dem Hauptbahnhof kam, ein enttäuschender. Der berühmte Dom steht so dicht am Bahnhof, daß ich ihn nicht etwa ästhetisch wie den Prager Veitsdom und Hradschin genießen konnte, sondern den Eindruck hatte, diesem Koloß gegenüber wehrlos zu sein. Damals reichten die alten Stadtviertel ja noch bis an den Dom heran, und auch die angrenzenden Straßen machten im ersten Augenblick mehr einen beängstigenden Eindruck, nicht vergleichbar mit den herrlichen Adelspalästen in den alten Stadtteilen Prags.«

Doch die Arbeits- und vor allem die Lebensbedingungen an Kischs Arbeitsstelle in Lindenthal machten all das mehr als wett. Angenehm überraschte ihn nicht nur die Lage der Medizinischen Akademie im Grünen. Auch die im Vergleich mit dem, was er aus Prag gewohnt war, geradezu luxuriöse Ärztewohnung mit »zwei schönen Räumen« beeindruckte ihn. Dazu kam noch ein Badezimmer, »immer sauber, gebrauchsfertig und mit frischer Wäsche versehen«. Für die Assistenten stand außerdem ein »pracht-

volles großes Lese- und Gesellschaftszimmer« mit Klavier zur Verfügung, ein »prachtvoller, großer gemeinsamer Speisesaal«, und zu allem Überfluss sogar noch ein Billardsaal: »Dieser Luxus des Assistentenlebens war in Prag unvorstellbar«.

In besonders guter Erinnerung hatte Bruno Kisch die Sommerabende im Rosengarten der Lindenburg. Hier verbrachte er im Juni und Juli 1914 nach der Arbeit schöne Stunden im Kreis der Kollegen. Der Rosengarten war damals für das ärztliche Personal reserviert. Assistenten und Professoren konnten sich hier bei Wein oder Bier entspannen, den Tag Revue passieren lassen und sich persönlich näherkommen.²

Als Anfang August 1914 der Erste Weltkrieg begann, meldete Kisch sich freiwillig zum Militärdienst in seiner Heimat Österreich-Ungarn. Als Mitglied der Sanitätstruppe des Heeres wurde er an der Ostfront und in Italien eingesetzt. Im Herbst 1918 mit zahlreichen Auszeichnungen aus dem Militär entlassen, fand er sich nach der Niederlage und Auflösung der Habsburgermonarchie zu seiner Überraschung als tschechoslowakischer Staatsbürger wieder.



Abb. 1

Der Rosengarten der Städtischen Krankenanstalt Lindenburg, Lindenthal, um 1920.

Abb. 2

Bruno Kisch
mit Kriegsorden
aus dem Ersten
Weltkrieg, 1918.



Ende des Jahres kam er nach Köln zurück. Schon auf der Reise wurden ihm die Veränderungen »in peinlicher Weise klar.« 1914 hatten nach seiner Erinnerung »die gedrängt vollen Züge begeistert Kriegslieder singende junge Menschen ins Feld« geführt. »Nun waren die Züge auch wieder überfüllt, aber hauptsächlich wegen der kümmerlichen Zugverbindungen. Die Wagen waren schlecht, schmutzig und ungeheizt, manche Fensterscheiben zerbrochen, die Menschen deprimiert, schimpfend und nörgelnd, es war ein trostloser Zustand, wenn man an die berühmte deutsche Sauberkeit und Pünktlichkeit des Zugverkehrs dachte, wie sie einst gewesen war.«

Zu der allgemein gedrückten Stimmung und dem Verlust an Wohlstand, die der Krieg und die Niederlage gebracht hatten, kam noch das Gefühl der willkürlichen Demütigung durch die im Rheinland zu Besatzern gewordenen Feinde hinzu. Als der Zug, mit dem Kisch nach Köln unterwegs war, die Grenze des besetzten Gebiets erreichte, kontrollierten britische Soldaten jedes Gepäckstück, »und ein Soldat steckte einfach trotz meines

Protestes ein paar Eier, die meine Mutter mir auf die Reise mitgegeben hatte, in seine Tasche. Da ich mir diesen Diebstahl nicht gefallen lassen wollte, auch nicht einsah, warum die wohlgenährten Besatzungstruppen einen solchen Diebstahl nötig hätten, ging ich aus meinem Wagen auf den Bahnsteig, um mich bei dem englischen diensthabenden Offizier zu beschweren.« Doch der Offizier unterbrach Kisch, den er für einen Deutschen hielt, nur unwirsch und erklärte ihn kurzerhand sogar für verhaftet. »In diesem Augenblick erinnerte ich mich meiner neuen Staatsbürgerschaft, ich zog also meinen funkelnagelneuen tschechoslowakischen Reisepaß aus der Tasche. Verdutzt gestattete der Offizier ihm daraufhin, wieder in den Waggon zu seinem Gepäck zurückzukehren.

Schließlich in Köln angekommen, musste Kisch feststellen, dass auch an seiner Arbeitsstelle die Jahre seit 1914 ihre Spuren hinterlassen hatten. Die Unterbringung und Verpflegung an der Medizinischen Akademie waren deutlich schlechter geworden. Im Institut fehlte es überall an Material. Die Bezahlung der Assistenten hatte sich verschlechtert. Selbst die Entspannung im Kollegenkreis, mit der Kisch so schöne Erinnerungen verband, war nicht mehr in derselben Weise möglich wie vor dem Krieg: »Dem demokratischen Zuge der Republik gemäß war der schöne Rosengarten der Lindenburg nicht mehr für die Ärzte reserviert, und die gemütlichen Abende, die wir da früher unter uns verbringen konnten, waren zu Ende.«³

Gerade dieses kleine Detail scheint auf den ersten Blick ein populäres Bild der Weimarer Republik zu bestätigen: das der »ungeliebten Republik«. Tatsächlich illustrieren Bruno Kischs Erinnerungen wie in einem Brennglas konzentriert eine Reihe der Hypotheken, mit denen die erste deutsche Demokratie von Beginn an belastet war. Zu den psychischen und materiellen Folgen des verlorenen Krieges kam im Rheinland noch die militärische Besatzung durch die Siegermächte hinzu. Das waren alles andere als ideale Startbedingungen. Sogar politische und gesellschaftliche Demokratisierung wurden, wie im Fall des Rosengartens im Lindenthaler Klinikum, vielfach nicht begrüßt, sondern bedauert und abgelehnt.

Dieses Bild hat lange eine historische Interpretation begünstigt, nach der die Weimarer Republik von Anfang an zum Scheitern verurteilt gewesen ist. Nicht nur habe die Mammutaufgabe, die Folgen des Ersten Weltkriegs zu bewältigen, die neue Republik überfordert. Auch der soziale Ausgleich von Interessengegensätzen, die Befriedigung der hohen Ansprüche verschiedenster Gruppen in einer tief zerklüfteten deutschen Gesellschaft war demnach ein Ding der Unmöglichkeit. Immer größere Teile, wenn nicht die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung hätten ohnehin das

»System« von Weimar abgelehnt – im Grunde sei die Weimarer Republik eine Republik ohne Republikaner, eine Demokratie ohne Demokraten gewesen.⁴

Die neuere historische Forschung zur Weimarer Republik hat dieses Bild allerdings gründlich revidiert. Und schaut man genauer hin, legt auch die Geschichte der »Demokratisierung« des Zugangs zum Rosengarten im Lindenthaler Klinikum tatsächlich etwas anderes nahe, als es auf den ersten Blick den Anschein hat. Denn offensichtlich gab es viele Kölner, die diese Öffnung des Gartens für alle begrüßten und nutzten, sonst hätte Bruno Kisch ja kaum Anlass zur Klage gehabt, dass es mit den früheren »gemütlichen Abenden« im exklusiven Kreis der Ärzte nun vorbei war. Kisch, der vor dem Ersten Weltkrieg zu einer privilegierten Elite gehört hatte, mochte es bedauern, dass der lauschige Rosengarten in der Lindenburg nun für jedermann offen war. Andere profitierten dagegen von der Beseitigung elitärer Vorrechte in der neuen Zeit.

Ob diese anderen die Öffnung des Rosengartens wie Kisch dem »demokratischen Zug der Republik« zuschrieben, wissen wir freilich nicht. Denn von den bisher Ausgeschlossenen hat offenbar keiner darüber Zeugnisse hinterlassen. Die kleine bildungsbürgerliche Elite, der Bruno Kisch angehörte, hat ausgesprochen häufig Lebenserinnerungen, Tagebücher, Briefe und andere schriftliche Aufzeichnungen verfasst. Die viel zahlreicherer »einfachen Leute«, die Kölner Handwerker, Hausfrauen, Arbeiter, Dienstmädchen, die Fischhändler und Marktfrauen, die Angestellten und Stenotypistinnen taten das dagegen nur sehr selten.

Wenn die Weimarer Republik als ein demokratisches Experiment gesehen wird, das von vornherein aussichtslos war, wie es in der Geschichtsschreibung lange geschah und bis heute noch oft geschieht,⁵ dann hat diese Interpretation ihre Wurzeln teilweise im Ungleichgewicht der Quellen. Historiker nutzten und nutzen die reichen schriftlichen Hinterlassenschaften der Elite nur allzu gerne, und mangels anderer Quellen verwechseln sie die bürgerliche Sicht der Republik oft auch mit der des »Volks«. Die schreibfreudige bürgerliche Elite hatte einen Grund, mit der neuen Zeit zu hadern, die nach dem Ersten Weltkrieg anbrach. Das gleiche Wahlrecht, das 1919 statt des bisher praktizierten Dreiklassenwahlrechts eingeführt wurde, beseitigte ihre politische Privilegierung auf kommunaler Ebene. Die Inflation vernichtete oft ihr Ersparnis, und der »demokratische Zug« der Zeit bedeutete, dass sie auch manch andere Kröte schlucken musste. Mit der behaglichen bürgerlichen Existenz in elitärer Exklusivität war es jedenfalls nicht nur im Rosengarten der Lindenburg vorbei. Das gehobene

Bürgertum stand Republik und Demokratie deshalb meist skeptisch, wenn nicht offen feindselig gegenüber.

Das Bild der zum Untergang verdammten Weimarer Republik wurde noch dadurch verstärkt, dass man sie von ihrem Ende, von 1933 her betrachtete. Diese Perspektive war und ist zwar völlig legitim. Wer das Scheitern der ersten deutschen Demokratie erklären will, muss schließlich nach Faktoren und Ursachen dafür suchen. Die Sicht vom Ende her erschwert es jedoch, die in jeder historischen Situation gegebene Offenheit der Entwicklung in den Blick zu nehmen. Das Ergebnis ist dann oft eine deterministische Darstellung von Geschichte, in der die zeitgenössischen Akteure vermeintlich nicht anders handeln konnten, als sie es taten. Oder menschliche Akteure werden als Motoren der Handlung ganz durch abstrakte Strukturen ersetzt.

Die neuere historische Forschung zur Weimarer Zeit hat deshalb die Sicht der Zeitgenossen, und besonders die der ›einfachen Leute‹, stärker berücksichtigt. Das Resultat davon sind eine ganze Reihe von Studien, die deutlich stärker die Entwicklungspotenziale der Republik betonen, als das früher geschehen ist. Selbst an der Jahreswende 1932/33 hielten viele Menschen in Deutschland die Demokratie noch keineswegs für verloren. Wenn die Zeitgenossen von »Krise« redeten, dann beschworen sie damit oft gar keine Untergangsszenarien herauf. Vielmehr wurde der Begriff »Krise« ähnlich wie in der Medizin verstanden – nämlich als eine Entscheidungssituation, die zur »Gesundung«, also einer Wende der politischen, sozialen oder wirtschaftlichen Lage zum Besseren führen werde. 1918/19 war die große Masse der Deutschen ohnehin von einer gewaltigen Aufbruchsstimmung erfüllt. Und diese optimistische Grundeinstellung gegenüber der »neuen Zeit« blieb in weiten Kreisen der Bevölkerung auch später erhalten.⁶

Das war in Köln nicht anders als im übrigen Deutschland. Noch als 1927, also fast ein Jahrzehnt nach Kriegsende und Revolution, erstmals seit 1914 wieder ein Karnevalszug durch die Straßen der Stadt ziehen konnte, stand dieser unter dem Motto »Aus der neuen Zeit«. Einerlei wie die Zeitgenossen die Veränderungen in der Weimarer Zeit bewerteten: Einigkeit herrschte darüber, dass sie zahlreich und einschneidend waren.

Dieses Buch widmet sich daher zunächst den »neuen Zeiten«. Völlig neu waren der Rundfunk und der zivile Luftverkehr: Ab 1926 konnten die Kölner vom Butzweilerhof aus per Flugzeug eine wachsende Zahl von Städten im In- und Ausland erreichen. Telefon- und Stromanschlüsse, bis zum Ersten Weltkrieg eine Rarität, wurden in den 1920er-Jahren in im-



Abb. 3

Verkehr auf dem Heumarkt, im Hintergrund Groß St. Martin, um 1920.

mer mehr Wohnungen zur Normalität. Auf den Straßen der Stadt machten Automobile, Lastkraftwagen und Motorräder, vor dem Krieg ebenfalls eine Seltenheit, den Pferdegespannen mehr und mehr Konkurrenz. Köln bekam eine neue Universität, neue Sportstätten, einen neuen Hafen und den Grüngürtel.

Nicht zuletzt berührte und veränderte der »demokratische Zug der Zeit« zahlreiche Lebensbereiche der Kölner. Frauen erhielten das Wahlrecht und eroberten sich auch sonst neue Freiheiten und Wirkungskreise – nicht ohne auf Widerstand zu stoßen. Die Einführung des gleichen Wahlrechts zur Stadtverordnetenversammlung, von den meisten Zeitgenossen kurz Stadtrat genannt, veränderte den Stil der kommunalpolitischen Auseinandersetzung. Der zunehmende Einfluss von Arbeiterbewegung und anderen Massenbewegungen wirkte sich stark auf die kommunale Sozialpolitik und den Wohnungsbau aus. Schließlich zeigte sich die Demokratisierung des öffentlichen Lebens ebenso bei symbolischen Akten wie politischen Feiern und der Umbenennung von Straßennamen. Selbst scheinbar völlig unpolitische Dinge, wie Beerdigungen auf Friedhöfen, blieben davon nicht unberührt.

Die demokratischen Aspekte der »neuen Zeit« waren Folge der Revolution 1918 und des verlorenen Ersten Weltkriegs. Sowohl Revolution wie Krieg liegen zwar außerhalb des chronologischen Rahmens der Weimarer Republik. In den Köpfen der Zeitgenossen waren sie allerdings auf vielfältige Weise präsent.

Der zweite Teil des Buchs behandelt diese gefühlten »Nachkriegszeiten«. Wie lang der Schatten des Ersten Weltkriegs reichte, wurde unterschiedlich empfunden. Die psychischen Folgen des Krieges beschäftigten viele Kölner bis zum Ende der Weimarer Zeit und darüber hinaus. Für die Kriegsversehrten galt das auch in physischer Hinsicht. Die große Zahl der 1918 demobilisierten Soldaten wurde Anfang der 1920er-Jahre wieder ins Arbeits- und Zivilleben eingegliedert. Etwas länger dauerte die Bewältigung der finanziellen und wirtschaftlichen Kriegsfolgen. Die während des Kriegs stark gestiegene Verschuldung der öffentlichen Hand wurde mit der Hyperinflation 1923, die für einige Kölner eine traumatische Erfahrung war, zu großen Teilen beseitigt. Realeinkommen und Konsummöglichkeiten der breiten Masse der Bevölkerung erreichten dagegen erst in der zweiten

Hälfte der 1920er-Jahre wieder Vorkriegsniveau. Diese Entwicklung fiel in etwa zusammen mit der offensichtlichsten Folge des Krieges – der britischen Besatzungsherrschaft. Der Abzug der britischen Truppen Anfang 1926 markierte daher in der Wahrnehmung der Zeitgenossen einen tiefen Einschnitt, der auf mehreren »Befreiungsfeiern« mit viel Pathos beschworen und bejubelt wurde.

Für die meisten Kölner waren allerdings schon nach dem Ende der Inflation »bessere Zeiten« angebrochen. Sie sind das Thema im dritten Teil. Die Jahre zwischen 1924 und 1929 zeichnen sich durch eine verhältnismäßig positive wirtschaftliche Entwicklung und rege kulturelle Aktivität aus. Die Besucherzahlen der Kölner Bühnen und Kinos stiegen steil an. Seit Mitte der 1920er-Jahre konnten auch wieder Karnevalssitzungen und Umzüge stattfinden, die unter britischer Besatzung verboten gewesen waren. Zusammen mit großen Sportveranstaltungen und Ausstellungen erhöhte der Karneval die Attraktivität Kölns für Touristen. Die Ausgaben der Stadtverwaltung pro Kopf der Bevölkerung, die in den frühen 1920er-Jahren massiv zurückgegangen waren, stiegen ab 1924 wieder stark an. Eine lebhafte Bautätigkeit linderte die große Wohnungsnot in der Stadt, die zahlreiche Zuwanderer anzog.

Ab Herbst 1929 untergrub jedoch die Weltwirtschaftskrise die Grundlagen dieser positiven Entwicklung. Die gewachsenen Hoffnungen auf eine bessere Zukunft wurden herb enttäuscht. Stattdessen erlebten die Kölner die letzten Jahre der Weimarer Republik als »harte Zeiten«, die im vierten Teil des Buchs dargestellt werden. Firmenpleiten und Arbeitslosigkeit nahmen rapide zu, das verfügbare Einkommen der meisten Bürger ab. Angesichts wegbrechender Steuereinnahmen kürzte die Stadtverwaltung ihre Ausgaben radikal. Kultur wurde zum teuren Luxus, der Wohnungsbau kam weitgehend zum Erliegen, Karnevalszüge fielen 1931 und 1932 wegen Geldmangels ganz aus.

Die wirtschaftliche Krise hatte heftige soziale Verteilungskämpfe zur Folge. Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Arbeitslose und Arbeitsplatzbesitzer, Mieter und Vermieter standen sich zunehmend unversöhnlich gegenüber. Das belastete auch die Zusammenarbeit der demokratischen Parteien im Kölner Stadtrat, die sich seit 1919 ausgebildet hatte. Von der allgemeinen Verunsicherung profitierten die radikalen Parteien KPD und NSDAP. Deren Anhänger lieferten sich in den frühen 1930er-Jahren untereinander und mit der Polizei gewalttätige Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit. Die jüdische Minderheit erlebte jetzt in wachsendem Maße Anfeindungen und Ausgrenzung.



Abb. 4
Der Kölner Rosenmontagszug am 11. Februar 1929, Hohe Pforte Ecke Mühlenbach.

Weil in Köln die letzten Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung vor dem Beginn der Wirtschaftskrise 1929 stattgefunden hatten, funktionierte die demokratisch legitimierte Verwaltung der Stadt noch bis ins Frühjahr 1933. Im März dieses Jahres wurde Konrad Adenauer, der seit 1917 als Kölner Oberbürgermeister amtiert hatte, als Folge der nationalsozialistischen Machtübernahme abgesetzt. Allerdings erfolgte die damit eingeleitete »Gleichschaltung« in der Stadt dann ausgesprochen glatt und reibungslos. Die Zerstörung der Demokratie stieß bei einem Großteil der Bevölkerung nicht auf Kritik, geschweige denn auf Widerstand.

So wenig diese Entwicklung zwangsläufig war, so sehr bleibt die Frage nach ihren Hintergründen und Ursachen wichtig und zentral für die Geschichte der Jahre 1919 bis 1933. Sie wird sich aber kaum beantworten lassen, wenn man nur untersucht, wie sich die Akteure um Reichspräsident und Reichskanzler in der Hauptstadt verhalten haben. Gerade der demokratische Charakter der Weimarer Republik legt nahe, dass sie an mehr als dem Verhalten ihrer Eliten gescheitert ist. Die Gründe für den Untergang der Weimarer Republik sind nicht allein in Berlin zu finden. Das gerade macht eine Geschichte der Weimarer Zeit in Köln interessant und relevant.

Eine solche Geschichte kann sich deshalb auch nicht auf die Person Konrad Adenauers konzentrieren. Der langjährige OB Adenauer hat der Stadt zweifellos seinen Stempel aufgedrückt. Bereits seine Zeitgenossen spotteten jedoch, man könne ihn nicht für jede Kleinigkeit verantwortlich machen: Wenn etwa die Brötchen einmal später kämen als sonst, sei er nicht schuld daran.⁷ Die facettenreiche Entwicklung Kölns zwischen 1919 und 1933 allein auf Adenauers rastlose Tätigkeit zurückzuführen, wäre jedoch ebenso falsch wie anzunehmen, Bruno Kisch hätte die vielfältige Kölner Gesellschaft jener Zeit repräsentiert. Die Geschichte Kölns während der Weimarer Republik war mehr und anderes als eine »Adenauerzeit«. Wer Adenauer als Initiator nahezu sämtlicher Veränderungen im Stadtbild sieht, überschätzt ganz offensichtlich dessen Einfluss.⁸ Als Oberbürgermeister bemühte er sich zwar pingelig um völlige Kontrolle der gut 20 000 Beschäftigten der Kölner Stadtverwaltung. Selbst Kleinigkeiten wie ein mit Unkraut bewachsenes Hafenbahngleis oder ein im Dienst rauchender Rathauspförtner veranlassten ihn zu umfangreichen Schriftwechseln. Die städtischen Beamten entwickelten dennoch – oder vielleicht eher deswegen – ein gehöriges Maß an Eigeninitiative, wie gerade die wiederholten Beschwerden ihres Chefs darüber belegen.⁹

Im Folgenden wird daher versucht, außer dem Oberbürgermeister auch andere Einwohner der Stadt gebührend zu Wort kommen zu lassen, lebten

Abb. 5

Oberbürgermeister
Konrad Adenauer,
Foto: Eugen Coubillier,
1924.



hier 1933 doch gut 750 000 Menschen. Dass einem solchen Versuch Grenzen gesetzt sind, muss kaum betont werden. Das Ungleichgewicht in der schriftlichen Überlieferung der Kölner selbst lässt sich immerhin teilweise durch Quellen ausgleichen, in denen Journalisten, Touristen, Statistiker und viele andere über die Stadt und ihre Bewohner berichten. Dass Köln ab 1919 eine Universität besaß, verbessert die Quellenlage beträchtlich. Den Wissenschaftlern der Albertus-Magnus-Universität verdanken wir etwa Informationen darüber, welche Filme die Kölner am liebsten schauten, was sie aßen und wie sie wohnten, über die soziale Situation in der Stadt, die Verkehrsverhältnisse, die Prostitution und vieles mehr.

Lücken in der Überlieferung bleiben dennoch. Teilweise konnten diese aus den Beständen des Kölner Stadtarchivs geschlossen werden. Hier wurden vor allem Nachlässe eingesehen. Glücklicherweise haben zahlreiche andere Historiker archivalische Quellen, insbesondere die Akten der

Stadtverwaltung über die Jahre 1919 bis 1933, aus Kölner und anderen Beständen in einer Vielfalt von Publikationen bereits ausgewertet. Außer den zeitgenössischen Veröffentlichungen kann sich das vorliegende Buch vor allem auf diese Vorarbeiten stützen. Die Anmerkungen und das Literaturverzeichnis geben darüber detailliert Auskunft. Zudem erleichterten die ebenfalls dort aufgeführten Forschungen zur allgemeinen Geschichte der Weimarer Republik die Einordnung der Kölner Befunde. Das gilt nicht zuletzt auch für bereits vorliegende Studien über andere deutsche Städte zwischen 1919 und 1933.

Mitte der 1950er-Jahre prägte der Publizist Fritz René Allemann den seitdem allzu oft wiederholten Ausspruch »Bonn ist nicht Weimar«. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie musste lange als Negativfolie zur vermeintlichen Erfolgsgeschichte der zweiten herhalten. Die Klippen, an denen »Weimar« gescheitert war, schienen die Bonner wie auch die Berliner Republik erfolgreich umschifft zu haben. Auch in der 2008 erschienenen Auflage eines vielkonsultierten akademischen Handbuchs zur Weimarer Republik konnte man noch die beruhigende Behauptung lesen, das Thema sei zunehmend allein für Historiker interessant, die Diskontinuitäten zur Gegenwart überwögen deutlich Kontinuitäten und Parallelen.¹⁰

Zehn Jahre später sah sich der Autor dieses Handbuchs jedoch dazu veranlasst festzustellen, dass aus einer Betrachtung der »Weimarer Verhältnisse« sehr wohl wieder »historische Lektionen für unsere Demokratie« gezogen werden könnten – und müssten. Die in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen, besonders der Aufstieg einer populistischen Rechtspartei, das Anschwellen eines neuen Nationalismus und zunehmendes Misstrauen gegen den Parlamentarismus machten die Weimarer Republik erneut hochaktuell.¹¹ Das kann man nur unterstreichen.

Allerdings dürfte es ohnehin eine Fehl wahrnehmung gewesen sein, ihre historische Betrachtung für mehr oder weniger irrelevant für die Gegenwart zu erklären. Denn Demokratie ist kein sanftes Ruhekissen, auf dem man es sich gemütlich machen kann. Demokratie ist ein ständiger Prozess, eine Dauerbaustelle. Und Demokratie ist immer gefährdet, immer prekär.¹² Schon allein deshalb war und ist die Geschichte des ersten demokratischen Experiments der Deutschen nicht nur von antiquarischem Interesse, und wird es nie sein.

NEUE ZEITEN

Demokratie und der Aufstieg der Arbeiterschaft

a. Das Neue beginnt auf dem Friedhof

Die Demokratisierung fing dort an, wo das Leben zu Ende ist: bei den Toten. Bis weit in den Ersten Weltkrieg hinein gab es auf den Kölner Friedhöfen eine rigide Klassengesellschaft. Das galt nicht nur für die Form der Grabstätten, die vom imposanten Mausoleum für die vermögende Oberschicht bis hin zum Massengrab für die Ärmsten der Armen reichte. Es galt auch für die Art, wie die Toten unter die Erde kamen.

Damals war es noch vielfach üblich, Verstorbene in einem Leichenzug vom Sterbehaus durch die Stadt bis zum Friedhof zu begleiten. Es gab drei Klassen von Leichenzügen. In der teuersten ersten Klasse wurde die dem prunkvollen Sarg folgende Trauergemeinde mit Gesang von bis zu einem Dutzend Geistlichen begleitet. Wie in der zweiten Klasse fand die Beerdigung dann unmittelbar nach der Ankunft am Friedhof statt. Selbst der 700 bis 800 Mark teure Leichenzug zweiter Klasse war allerdings für viele Kölner unerschwinglich. Ihnen blieb nur ein Begräbnis dritter Klasse, bei dem nach dem Bericht eines Zeitgenossen der Verstorbene »zu früher Morgenstunde ohne Sang und Klang von *einem* Kaplan, wenn's gut ginge, ans Tor gebracht und dann nach Melaten verschafft und verscharrt« wurde. Grundsätzlich konnten dabei zwar auch Angehörige mitgehen, aber nur bis zur Leichenhalle am Hahnentor, die wegen ihrer »Unzulänglichkeit und Ärmlichkeit sowohl seitens Einheimischer wie Fremder in mitunter recht derben Ausdrücken kritisiert« wurde. Dort stellte man die einfachen Armsärgen vorläufig ab. Unter die Erde kamen sie in der Regel erst dann, wenn die Totengräber die bezahlten Begräbnisse erledigt hatten. Oft geschah das nicht vor dem nächsten Morgen.¹

Anders als bei den Begräbnissen erster und zweiter Klasse konnten die Angehörigen deshalb nicht an den Armenbegräbnissen teilnehmen. Das

war von Seiten der Friedhofsverwaltung und der Geistlichkeit durchaus gewollt. Fürchtete man doch, die Armen würden am Grab ihren Gefühlen freien Lauf lassen, damit einen Skandal verursachen und anschließend »bis in den Nachmittag die Melatener Wirtshäuser frequentieren«. Es schuf aber auch viel Unmut. Beißender Spott entzündete sich vor allem daran, dass die Geistlichkeit bei den bezahlten Begräbnissen keine allzu engen moralischen Maßstäbe anzulegen schien.

So hatte es unter einfachen Kölnern schon vor dem Ersten Weltkrieg für große Empörung gesorgt, als ein geschiedener Mann, der zudem mit einer neuen Partnerin zusammengelebt hatte, ein pomposes katholisches Begräbnis erster Klasse erhielt, nachdem er sich auf dem Totenbett »notdürftig mit der Kirche versöhnt« hatte. Und einen regelrechten Auflauf gab es, als »eine verunglückte, bekannte Bordellwirtin II. Klasse« vom Kapitolviertel zum Mauritiusviertel durch die südliche Altstadt und weiter »zum Friedhof geleitet wurde. Die Arbeiter und Zuhälter bildeten auf dem Fußsteig Spalier und riefen sich lachend bezüglich der Geistlichkeit zu: ›Dat Hurengeld mögen se doch!«



Abb. 6

Leichenzug zum Friedhof Deutz zu Beginn der 1930er-Jahre, im Hintergrund St. Engelbert in Humboldt-Gremberg.

Während des Weltkriegs geriet die ungleiche Behandlung nach dem Tod erst recht in die Kritik. Junge Kölner Männer einfacher sozialer Herkunft gaben ihr Leben auf den Schlachtfeldern genauso für das Vaterland wie die Söhne wohlhabender Bürger – warum wurden sie dann anders als diese in einer unwürdig erscheinenden Weise verscharrt, ohne dass ihre Angehörigen am Grab Abschied nehmen konnten? 1917 beschloss die Stadtverordnetenversammlung deshalb, die unterschiedlichen Klassen von Leichenzügen abzuschaffen. Bei allen Beerdigungen mussten von da ab gleichartige Leichenwagen eingesetzt werden. Auch die geistliche Begleitung wurde vereinheitlicht: Jeweils ein Pfarrer, ein Küster und ein Kreuzträger gingen allen Trauerzügen voran.

Nach der Revolution von 1918 erfolgte ein weiterer Schritt zur Demokratisierung des Begräbniswesens. Die Weimarer Reichsverfassung ermög-



Abb. 7

Ein Soldat zeigt sich neben einem Grab auf dem Friedhof Kalk, 1916.

lichte erstmals Laienreden bei Beerdigungen. Bis dahin hatten grundsätzlich nur Geistliche Reden am Grab halten dürfen. In den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg hatte sich die Rechtslage zwar so weit geändert, dass in Ausnahmefällen auch Laien Ansprachen bei Beerdigungen erlaubt werden konnten. Dafür bedurfte es aber einer polizeilichen Genehmigung, und die wurde in Köln nur bei Bestattungen von »herausragenden Persönlichkeiten« erteilt, also bei Begräbnissen erster Klasse.

Insbesondere Sozialdemokraten hätten gerne stärker selbst darüber bestimmt, wie ihre Angehörigen beerdigt wurden. Aber daran war vor 1918 nicht zu denken. Selbst rote Schleifen vom Blumenschmuck in das Grab zu werfen galt als politische Demonstration und war untersagt. Wiederholt hatte es deswegen Auseinandersetzungen über Gräbern gegeben. Gelegentlich kam es dabei sogar zu Rangeleien von Anhängern der SPD mit Geistlichen, Mitarbeitern der Friedhofsverwaltung und Polizisten. Damit war es in der Weimarer Zeit vorbei: Ansprachen von Laien waren nun prinzipiell erlaubt, und auch sonst verloren Geistliche und Polizei die alleinige Definitionsmacht über das Zeremoniell bei Beerdigungen. Diese konnten jetzt wesentlich mehr von den Angehörigen der Verstorbenen gestaltet werden.

Vor allem die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft hatten darauf gedrängt und profitierten jetzt davon. Die Neuerungen in der Begräbniskultur waren insofern ein erster Ausdruck des durch Weltkrieg und Revolution gesteigerten Einflusses der Arbeiter. Dieser Einfluss machte sich auch sonst vielfach bemerkbar. »Arbeit« war auf einmal zu einem Begriff geworden, der nicht mehr nur mit Plackerei verbunden wurde, sondern auch Prestige verlieh. Alle möglichen Gruppen beanspruchten den Begriff jetzt für sich und suchten die Nähe zur Arbeiterbewegung.

Das tat etwa die »Arbeitsgemeinschaft Kölner Künstler«: Sie organisierte 1919 im Lichthof des Kunstgewerbemuseums zusammen mit dem Arbeiterbildungsausschuss der lokalen SPD eine »Ausstellung für das werktätige Volk«. Dort stellte unter anderem der Expressionist Max Ernst aus. Seine frisch angetraute Ehefrau Luise »Lou« Straus-Ernst hielt dazu Ende des Jahres einen Vortrag, in dem sie den Expressionismus als »die glücklichste Ausdrucksform der jungen proletarischen Kunst« rühmte, die »im Begriff stehe, die materielle bürgerliche Kultur abzulösen.« Dieser Einschätzung der Kunsthistorikerin stimmten allerdings nicht alle zu. Der liberale *Kölner Stadt-Anzeiger* kritisierte den Vortrag jedenfalls als »Lobpreisung auf die angeblich glänzenden Volksbildungsbemühungen Sowjet-Rußlands«.²



Abb. 8

Kunstgewerbemuseum, erbaut 1900 nach den Plänen von Franz Brantzky, im Vordergrund Hansaring, dahinter Adolf-Fischer-Straße, um 1920.

Straus-Ernst und die »Arbeitsgemeinschaft Kölner Künstler« waren freilich keineswegs die einzigen, die sich mit der Arbeiterschaft identifizieren wollten. Selbst unter den Dozenten der gerade gegründeten Universität gab es ein Bemühen darum. Treibende Kraft war hier Leopold von Wiese, seit 1915 Professor an der Handelshochschule und 1919 erster Lehrstuhlinhaber für Soziologie in Deutschland. Mit gleichgesinnten Akademikern bildete er eine »Vereinigung geistiger Arbeiter«. Anfang Mai 1919 gründete diese Vereinigung die Kölner Volkshochschule, die im nächsten Jahr dann in kommunale Trägerschaft überging.³

b. Politik in der Stadt

Vielleicht am deutlichsten ist in der Kommunalpolitik zu greifen, wie das Prestige von Arbeit und Arbeitern mit der »neuen Zeit« gewachsen war. Während des Kaiserreichs hatte die sozialdemokratische Arbeiter-

bewegung im Kölner Stadtrat die längste Zeit keinen einzigen Vertreter gehabt. Denn bei den Kommunalwahlen galt das von der Steuerleistung abhängige Dreiklassenwahlrecht. Wenn Sozialdemokraten überhaupt wählen durften, dann wie neun von zehn Kölnern praktisch ausschließlich in der dritten Klasse. Selbst dort gewann aber die Zentrumspartei vor 1914 alle Mandate. Das Zentrum dominierte auch in der zweiten Wählerklasse, wo etwa ein Zehntel der Wahlberechtigten abstimmen konnte. Die erste Wählerklasse, die nur das eine Prozent der wohlhabendsten Kölner umfasste, war fest in liberaler Hand. Bei den Wahlen zum Reichstag, wo ein allgemeines gleiches Wahlrecht für alle Männer über 25 galt, konnten die Sozialdemokraten dagegen vor dem Ersten Weltkrieg das Kölner Mandat gewinnen.

Im Ersten Weltkrieg schien wie manches andere auch eine solche Ungleichbehandlung der Bürger zunehmend unangebracht. Als 1917 Nachwahlen zum Stadtrat anstanden, überließen Liberale und Zentrum der SPD drei Sitze. Das war den Sozialdemokraten aber nicht genug: Sie drängten auf eine Demokratisierung des kommunalen Wahlrechts. Der im selben Jahr zum Oberbürgermeister gekürte Konrad Adenauer unterstützte das Anliegen kurz nach seiner Wahl in einer öffentlichen Stellungnahme, und der Stadtrat setzte eine Verfassungskommission ein.⁴

Doch erst mit der Revolution 1918 wurde in Deutschland der Weg frei für die Demokratisierung des Wahlrechts auf kommunaler Ebene. Statt des Dreiklassenwahlrechts galt jetzt auch für die Wahlen zum Kölner Stadtrat das allgemeine Wahlrecht, nach dem im Kaiserreich nur der Reichstag gewählt worden war. Mehr noch: Nun waren auch die Frauen wahlberechtigt, und das Wahlalter wurde von 25 auf 20 Jahre gesenkt. Damit vervielfachte sich die Zahl der Wahlberechtigten bei Kommunalwahlen. Während vor dem Krieg nur knapp 100 000 Kölner den Stadtrat wählen durften, waren es jetzt über 400 000. Wie erwartet profitierten von dieser Demokratisierung des Wahlrechts vor allem die Sozialdemokraten. Bei den ersten Kommunalwahlen nach der Revolution, die am 5. Oktober 1919 stattfanden, erhielt die SPD 37,6 Prozent der Stimmen und damit 43 der 114 Sitze im Stadtrat. Unter dem Dreiklassenwahlrecht hatten die Sozialdemokraten mit einem nur etwas geringeren Stimmenanteil keinen einzigen Sitz gewinnen können. Das Zentrum verlor etwas, blieb aber mit 42,1 Prozent der Stimmen und 49 Sitzen stärkste Kraft im Rat. Als erklärte Interessenvertretung der katholischen Bevölkerungsmehrheit in der Stadt war es bereits unter dem Dreiklassenwahlrecht in der dritten Klasse die erfolgreichste Partei gewesen. Zudem machten die erstmals wahlberech-



Abb. 9

SPD-Plakat zur Wahl der Nationalversammlung, 1919.

tigten Frauen überproportional häufig ihr Kreuzchen beim Zentrum – obwohl die Einführung des Frauenwahlrechts vor allem auf das Drängen von Sozialdemokraten und Linksliberalen zurückging. Die linksliberale Deutsche Demokratische Partei war 1919 nicht einmal mehr dritte Wahl: Sie gewann 6,4 Prozent, das entsprach sieben Sitzen im Stadtrat – ebenso viele wie die Linksliberalen der SPD, die Unabhängigen Sozialdemokraten, für die 6,7 Prozent der Wähler stimmten. Die nationalliberale Deutsche Volkspartei erhielt fünf Prozent und sechs Sitze, die konservative Deutschnationale Volkspartei zwei Prozent und ebenso viele Sitze⁵ (vgl. Tabelle S. 238/239).

Bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung der Weimarer Republik am 19. Januar 1919 hatten die meisten Parteien in Köln ganz ähnliche Ergebnisse erzielt. Im Vergleich mit den Wahlergebnissen im ganzen Deutschen Reich gab es dagegen teilweise deutliche Unterschiede. Nur die Sozialdemokraten und die Deutsche Volkspartei schnitten in der Domstadt nahezu genauso ab wie auf Reichsebene. Die linksliberale Deutsche Demokratische Partei und die Konservativen von der Deutschnationalen Volkspartei blieben in Köln deutlich hinter ihren Wahlresultaten auf nationaler Ebene zurück. Das Zentrum war dagegen in der Rheinmetropole erfolgreicher als im Reichsdurchschnitt. Der Charakter Kölns als katholisch geprägte Industrie- und Großstadt begünstigte eine katholische Partei wie das Zentrum, während Parteien mit vorwiegend ländlicher und kleinstädtischer Wählerschaft hier geringere Chancen hatten.

Das blieb auch in den folgenden Wahlen grundsätzlich so. Und es hatte bereits Tradition: Zwischen den Resultaten der letzten demokratischen Wahlen vor dem Ersten Weltkrieg, den Reichstagswahlen von 1912, und den Wahlen von 1919 gab es eine starke Kontinuität. Zentrum, SPD und Liberale schnitten in Köln wie im ganzen Deutschen Reich vor und unmittelbar nach dem Krieg ganz ähnlich ab. Bei den Kölner Kommunalwahlen im Oktober 1919 zeichnete sich allerdings bereits eine Entwicklung ab, die sich in den folgenden Jahren weiter verstärken sollte: Die Liberalen verloren Wähleranteile, während radikale Gruppen dazugewannen. So halbierte sich zwischen den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar und der Stadtratswahl im Oktober der Anteil der Stimmen für die Deutsche Demokratische Partei. Die Unabhängigen Sozialdemokraten konnten sich dagegen von knapp anderthalb auf etwa sechs Prozent verbessern. Seit 1920 bildete die Mehrheit ihrer sieben gewählten Stadträte dann die Fraktion der KPD.